

Editorial

Wahltag ist Zahntag

Am 30. März wird das neue Parlament gewählt. Unsere Mitglieder haben die Möglichkeit, aktiv mitzubestimmen, wer ihre Interessen in den nächsten vier Jahren im Grossen Rat vertreten soll.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV



Geschäftsleitungsmitglied Barbara Schmutz und Geschäftsführer Matthias Burkhalter kandidieren für den Grossen Rat.

Foto: Zryd

Immer mehr Parteien und Kandidierende bewerben sich um die 160 Sitze im Grossen Rat. Viele wollen etwas ändern im Kanton Bern. Nicht immer das Richtige. Schauen wir also, dass die Personalvertretung gestärkt wird.

Der BSPV ist parteipolitisch unabhängig. Seine Mitglieder gehören allen Parteien an. Die Geschäftsleitung und unser Dachverband «angestellte bern» empfehlen einige Kandidierende zur Wahl oder Wiederwahl. Wir brauchen eine starke Vertretung in den

Entscheidgremien des Kantons Bern. Bauern wählen Bauern. Banker wählen Finanzvertreter. Gewerbler wählen ihre Lobby. Und wir Angestellten wählen unsere Leute. Wie stark wir sind, stellt sich nach den Wahlen heraus.

Nach einem bewegten Jahr steht der Kanton Bern vor grossen finanziellen Herausforderungen. Immer neue Sparpakete führen zu massivem Stellen- und Leistungsabbau. Die Arbeitsbelastung steigt fast überall. Und die Abstimmung über das

Pensionskassengesetz wird zeigen, wie die Berner Bevölkerung zu ihren Angestellten steht.

An dieser Stelle danke ich ganz herzlich für all die guten Wünsche und Dankesbezeichnungen, die wir zum Jahreswechsel erhalten haben. All die anerkennenden Worte für die Arbeit der Geschäftsstelle ermuntern uns, unser Bestes für das Personal zu geben.

2 Aktuelles Thema

Abstimmung PKG

Das Referendum ist zustande gekommen. Die Berner Bevölkerung soll nun über das neue PKG abstimmen

6 Interview

Die beiden Regierungsräte

Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher ziehen Bilanz über die zu Ende gehende Legislatur.

8 Wahlen

Unsere Kandidierenden

Am 30. März 2014 wird der neue Grossrat gewählt. Wir empfehlen ihnen unsere BSPV-Mitglieder.

12 Meine Pension

Im Kurs von Glauser und Partner «Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht», hat es noch freie Plätze. Mehr dazu: Seite 12.

Abstimmung über das Pensionskassengesetz wird erzwungen

Im September 2013 hat der Grosse Rat nach überaus langer Debatte das neue Pensionskassengesetz verabschiedet. Aus rechtsbürgerlichen Kreisen wurde das Referendum ergriffen. Die Berner Bevölkerung soll nun voraussichtlich am 18. Mai in einer Abstimmung Stellung beziehen.



Die Jungen stehen vor einer ungewissen Zukunft.

Foto: Adrian Moser

Zusätzliche Lohnabzüge in jeder Variante

Gemäss Angaben der BPK ist mit folgenden Finanzierungsbeiträgen zu rechnen (Schätzungen):
 Konkretes Beispiel Gehalt von Fr. 100 000, versicherter Verdienst Fr. 75 430 bzw. Gehalt von Fr. 65 000, versicherter Verdienst Fr. 45 500:

Hauptantrag:	1,5%	Fr. 1131	Fr. 683
Eventualantrag:	2,0%	Fr. 1509	Fr. 910
Doppeltes Nein:	4,5%	Fr. 3394	Fr. 2048

Das neue Pensionskassengesetz stellt die wesentlichste Änderung für das Berner Staatspersonal der letzten fünfzig Jahre dar. Der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat stand ursprünglich im Vordergrund der Revision. Dieser bringt für alle Betroffenen eine riskantere Vorsorgelösung. Die Grossratsmehrheit wollte ausdrücklich, dass die Versicherten in Zukunft das Risiko bei der Anlage der Pensionskassenmilliarden selbst tragen sollen. Das ist unerfreulich.

Deckungslücken schliessen

Parallel zu dieser ideologischen Auseinandersetzung erfolgte in den letzten zehn Jahren eine ungenügende Entwicklung der Vermögenserträge der beiden bernischen Pensionskassen. Und zudem änderte das Bundesrecht während der Revisionsdebatte. Der Kanton Bern wurde in die Pflicht genommen, seine Pensionskassen auf eine gesunde Basis auszufinanzieren. Wir haben darüber im diagonal 5/2013 ausführlich berichtet.

Erträglicher Kompromiss?

Gleichzeitig mit der Neuregelung der Pensionskassen wurde das Personalgesetz revidiert. Diese Revision ist personalfreundlich. Wir können in den kommenden Jahren mit einer verlässlicheren Lohnentwicklung rechnen. Gesamthaft gesehen sind die Verschlechterungen bei der Vorsorge und die Verbesserungen bei der Gehaltssituation im heutigen finanzpolitischen Umfeld zu akzeptieren.

Nun gilt es, bei der Abstimmung über das Pensionskassengesetz einen Scherbenhaufen zu vermeiden. Nicht alle Stimmberechtigten werden jedoch die komplizierte Materie begreifen. Es braucht den Einsatz aller verantwortungsvoller Politikerinnen und des Staatspersonals, um eine zukunftsträchtige Lösung zu finden.

Komplizierte Abstimmung

Dem Berner Volk werden zum neuen Gesetz zwei Varianten vorgelegt werden. Einerseits der Hauptantrag des Grossen Rates, der eine Einlage des Kantons von 500 Millionen Franken für den Besitzstand vorsieht und zudem einen Beitrag von 1,7 Milliarden Franken an die bestehenden Deckungslücken der beiden Kassen.

Andererseits steht nun wegen des leider zustande gekommenen Referendums auch der Eventualantrag des Grossen Rates zur Diskussion. Dieser ist schlechter als der Hauptantrag. Der Beitrag an die Deckungslücke würde auf 1,3 Milliarden

Franken reduziert. Und zudem wären die Beiträge des Arbeitgebers zur Erfüllung der notwendigen Ausfinanzierung auf 50 Prozent limitiert. Der Hauptantrag sieht einen Anteil von 50–60 Prozent vor. Der Eventualantrag stellt also eine erhebliche Verschlechterung dar.

Das Volk wird zudem in einer Stichfrage Stellung beziehen müssen, welche Variante in Kraft treten soll, wenn sowohl der Haupt- als auch der Eventualantrag angenommen werden.

Änderungen in jedem Fall

Die schlechteste Lösung wäre aber ein doppeltes Nein zum neuen Gesetz. In diesem Fall würde das heute geltende Recht weiterbestehen. Die Verpflichtung des Bundes zur Ausfinanzierung würde aber bestehen bleiben. Und zwar in weit kürzerer Frist. Bei einem Scheitern der Vorlage bleibt die Welt nicht so, wie sie heute ist. Das vorteilhafte Leistungsprimat würde vorerst beibehalten, doch müsste das Personal mit massiv höheren Beiträgen an die Kassen rechnen. Zudem würde das Alter für die maximale Rente auch so von 63 auf 65 Jahre angehoben.

Hardliner noch nicht bekannt

Bislang hat sich noch keine einzige politische Partei und kein wesentlicher Verband gegen eine Neulösung gestellt. Auch das Referendumskomitee hat betont, dass es den nicht sehr vorteilhaften Kompromiss des Grossen Rates nicht eigentlich in Frage stelle, sondern bloss dem Volk die Möglichkeit zur Stellungnahme geben wolle.

Klar ist auf jeden Fall, dass im Abstimmungskampf mit harten Bandagen und mit Halbwahrheiten oder sogar Lügen gekämpft werden wird. Ob das von den Sparpaketen arg gebeutelte Berner Stimmvolk für sein Kantonspersonal einstehen wird, wird sich zeigen müssen.

Unrealistischer Stellenabbau

Ohne Rücksicht auf Verluste hat der Grosse Rat in der Budgetdebatte einen massiven Stellenabbau beschlossen. Bei der pfarramtlichen Versorgung wurden harte Sparvorgaben diktiert. Bis zu fünf Millionen Franken sollen bis ins Jahr 2017 jährlich eingespart werden. Das führt zum Abbau von 28,5 Stellen. Und schon im laufenden Jahr sollen zwei Millionen Franken gespart werden. Es ist klar, dass dies nicht so schnell geht. Die bestehenden Anstellungsverträge können nicht ohne hohe Kostenfolge aufgelöst werden. 2014 wird ein Nachkredit notwendig sein.

Der BSPV hat kein Verständnis für diese unüberlegte Massnahme. Die wertvolle Arbeit unserer Pfarrerrinnen und Pfarrer für die gesamte Bevölkerung wird nachhaltig geschmälert. Leidtragende werden die Kranken, die Alten und die Schwachen sein, insbesondere in den Randregionen. Die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates, die einen solchen Kahlschlag einer moderaten Steuererhöhung vorzieht, hat dafür die Verantwortung zu tragen.

www.bspv.ch → News → ANGST VOR «KAHLSCHLAG» BEI PFARRERN

Abstimmungsempfehlung des BSPV

Der Zentralvorstand des BSPV hat an einer ausserordentlichen Versammlung am 13. Februar die folgende Parole gefasst:

**Ja zum Hauptantrag und zum Eventualantrag,
Stichfrage: Variante Hauptantrag**

Weitere Informationen erfolgen in der Ausgabe vom 18. April.

Wie hoch die Sanierungsbeiträge ausfallen werden, wird sich erst bei der Inkraftsetzung des neuen Gesetzes zeigen. Die Deckungslücke konnte per Ende 2013 erheblich verkleinert werden. Per Ende 2013 wurden von der Bernischen Pensionskasse die folgenden Spannweiten berechnet:

Hauptantrag:	1,2% bis 1,5%
Eventualantrag:	1,7% bis 2,0%
Doppeltes Nein:	3,6% bis 4,5%



Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,
Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und
Versicherungsofferten –
alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

**Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert
geniessen können.**

**Unabhängige
Pensionsplanung**
Beratungsqualität vom BSPV
getestet und für gut befunden.
Mit Sonderkonditionen für
BSPV-Mitglieder.



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45

www.glauserpartner.ch

FRIWASH

*Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern*

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch

...mich flexibel weiterbilden!

Handelsschule
berufsbegleitend

**Eidgenössische
Fachausweise**
Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing

www.teko.ch

SAISONGERECHT, FRISCH UND
AUTHENTISCH!
GENIESSEN SIE UNSERE TESSINER
UND ITALIENISCHEN SPEZIALITÄTEN
7 TAGE GEÖFFNET
DURCHGEHEND WARMER KÜCHE
UND PIZZA.

Familie S. + D. Cafiero

**Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero**
www.grotto-ticino.ch

Breitenrainplatz 26 · 3014 Bern · Tel. 031 331 96 77



Muesmatt AG

Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch



Tankrevisionen

Tank-Neuanlagen und -Sanierungen
Tankraum-Auskleidungen
info@wasnerag.ch • www.wasnerag.ch

WASNER AG *Jetzt Winterrabatt*
Uetendorf
Tel. 033 345 75 50 • Fax 033 345 75 52




Offizielles Organ des Bernischen Staatspersonalverbandes BSPV 101. Jahrgang, Nr. 1/2014

**nächstes Heft:
18. April**

**Inserateschluss:
14. März**

Hotline Inserate: 301 300 63 89

inserat@staempfli.com

Lohnrunde 2014 befriedigende Resultate

Im Budget 2014 stehen seit langen Jahren wieder einmal akzeptable Mittel für ein differenziertes individuelles Lohnwachstum zur Verfügung. Erste Rückmeldungen zeigen zum Teil befriedigende Resultate.

Wir haben schon darüber berichtet, dass für den individuellen Gehaltsstufenaufstieg 1,5 Prozent der Gesamtlohnsumme zur Verfügung stehen. Im Schnitt reicht dies für alle für einen Anstieg um 2,6 Stufen. Alle Angestellten im automatischen Lohnanstieg erhalten sogar drei Stufen.

Dies hat nun dazu geführt, dass die Vorgesetzten endlich einmal gute und sehr gute Leistungen belohnen konnten. Ein Direktor hat uns dazu geschrieben: «Wir haben die Mehrzahl der Mitarbeitenden nun mit 2 oder 3 Gehaltsstufen, einige mit 4 und 5 und ganz wenige mit 6 Gehaltsstufen ausstatten können. Qualifikationen: ganz wenig B, viele, viele A, einige A+ (und das nicht nur im Kader!) und keine A++». Das macht auch uns Freude.

Eine gewisse Willkürlichkeit bleibt allerdings bestehen. Wer 2013 gute Leistungen erbracht hat, konnte profitieren. Wer 2012 ausgezeichnet gearbeitet hatte, sah kaum eine Belohnung, da die Mittel nicht reichten. Und ob sich 2014 ein zusätzlicher Effort lohnen wird, ist noch ungewiss. Es ist doch absonderlich, dass nicht jedes Jahr gleich viele Mittel zur Verfügung stehen. Ich hoffe nun, dass durch die endlich erfolge Anpassung des Personalgesetzes die gewünschte Verstetigung des Lohnanstiegs erreicht werden kann. Und ich bin überzeugt, dass viele Staatsangestellte auch dann Sonderleistungen erbringen, wenn eine direkte finanzielle Abgeltung ungewiss ist.

Viele Dienststellen und der Gesamtkanton legen den Sozialpartnernverbänden den Lohnanstieg anonymisiert und detailliert vor. Es darf nicht sein, dass Männer oder Frauen markant besser befördert werden.

Und wir wachen auch darüber, dass der Lohnanstieg in den höheren Gehaltsklassen nicht massiv besser ist, wie unsere Mitglieder stets vermuten.

Wichtig und zulässig ist auch, dass die Lohnanstiege von den Vorgesetzten differenziert vorgenommen werden. Es sollte nicht so sein, dass alle mit A+ oder A gleich viele Stufen erhalten. Es gilt aus meiner Sicht jeden Fall einzeln zu beurteilen, da es viele potentielle Aufholer gibt. All jene, die eine Einstufung unter der Bandbreite oder an deren unterem Rand haben, sollten besonders gefördert werden. Aber auch jene mit einer hohen Gehaltsstufeneinreihung haben Anrecht auf einen finanziellen Anreiz. Die Chefs sind gefordert!

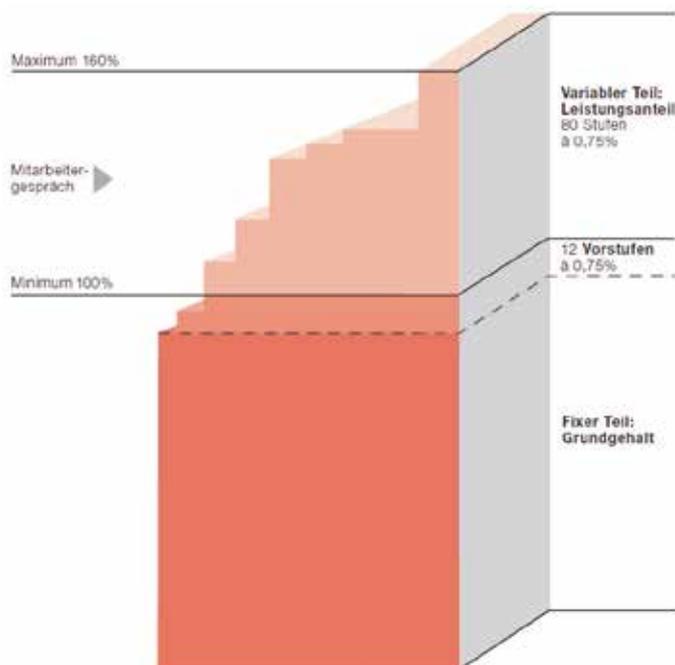
Auszüge aus der Personalverordnung

Art. 44 Abs. 2: Der Aufstieg über die Gehaltsstufen ist von der Leistungs- und Verhaltensbeurteilung nach Artikel 163 abhängig und kann im Rahmen der verfügbaren Mittel wie folgt gewährt werden:

- für herausragende Leistungen (Beurteilungsstufe A++) jährlich bis zu zehn Gehaltsstufen,
- für sehr gute Leistungen (Beurteilungsstufe A+) jährlich bis zu sechs Gehaltsstufen,
- für gute Leistungen (Beurteilungsstufe A) bis zu drei Gehaltsstufen.

Art. 44 Abs. 3: Für ausreichende Leistungen (Beurteilungsstufe B) oder nicht ausreichende Leistungen (Beurteilungsstufe C) können keine Gehaltsstufen angerechnet werden.

Art. 45 Abs. 2: Die Bemessung von Gehaltsstufen darf nicht von der Gehaltsklasse, dem Beschäftigungsgrad, der Hierarchiestufe, dem Arbeitsort oder dem Geschlecht abhängig gemacht werden.



Quelle: Das Gehaltssystem des Kantons Bern, Finanzdirektion

Durchgezogene personalpolitische Bilanz

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode hat sich die Lohnsituation leicht entspannt. Kleine Fortschritte konnten zusätzlich erreicht werden. Bei den Pensionskassen stehen wesentliche Änderungen bevor.

In den letzten vier Jahren konnte ein Lohnanstieg von 1,0 bis 1,8% inklusive Teuerungsausgleich gewährt werden. Reicht dies aus, um motiviertes Personal bei der Stange zu halten?

Andreas Rickenbacher: Die Regierung ist sich bewusst, dass die Situation für das Personal im Moment nicht einfach ist. In den vergangenen vier Jahren war die Fi-

Rat, die sich nicht ohne Schaden umsetzen lassen.

In der Volkswirtschaftsdirektion wurden prozentual am meisten Stellen gestrichen. Sind all diese Restrukturierungen in der Wildhut oder im Forst wirklich notwendig?

Andreas Rickenbacher: Ich bin überzeugt, dass auch ein Staatswesen laufend seine Strukturen überprüfen muss. Die Bevölke-

besserungen kaum wahrgenommen?

Philippe Perrenoud: Ich bin glücklich, dass wir diese Massnahme endlich durchboxen konnten. Auch wenn ich gute Rückmeldungen bekommen habe, ist es mir jedoch klar, dass weitere Schritte vom Personal zu Recht erwartet werden. Und da bitte ich um Verständnis: Aufgrund der prekären Finanzlage müssen wir mit nur ganz kleinen Schritten operieren.

«Die Regierung ist sich bewusst, dass die Situation für das Personal im Moment nicht einfach ist.»

Andreas Rickenbacher

nanzsituation des Kantons sehr angespannt – zudem stand die Regierung unter grossem Druck der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir ein Optimum erreicht haben.

Der Grosse Rat hat die Verselbständigung der Psychiatrie erzwungen. Wird das Projekt sozialverträglich umgesetzt?

Philippe Perrenoud: Die Verselbständigung ist keine Privatisierung! Wie bei den Regionalen Spitalzentren bleibt der Kanton Eigner und er wird sich für gute Arbeitsbedingungen sowie die Qualität des Service Public weiterhin einsetzen. Die Bedrohung für die Psychiatrie orte ich nicht so sehr bei diesem Vorhaben als bei den Sparmassnahmen aus dem Grossen

rung erwartet von uns einen effizienten Service Public. Persönlich wichtig ist mir bei Restrukturierungen jedoch, dass sie sozialverträglich umgesetzt werden. Und das haben wir aus meiner Sicht in der Volkswirtschaftsdirektion erreicht.

Der erhöhte Ferienanspruch konnte 2013 endlich umgesetzt werden. Hat das Personal positiv darauf reagiert oder werden solche erhebliche Ver-

Die Zeitgutschrift für Nachtarbeit und Pikettdienst wurden ebenso erhöht wie die Kilometerentschädigungen. Nun fehlt noch ein akzeptabler Vaterschaftsurlaub von mehr als zwei Tagen. Wann kommt der?

Andreas Rickenbacher: Die Federführung für dieses Projekt liegt bei der Finanzdirektion. Daher ist es mir nicht möglich, hier genaue Angaben zum Zeitplan zu machen. Als Vater von zwei kleinen Töchtern weiss ich aber aus persönlicher Erfahrung, dass der Vaterschaftsurlaub für die Familien sehr wichtig ist.

Die VAP-Zulagen (Verbesserung der Arbeitssituation im Pflegebereich) wurden 2009 mit erheblichen Kosten in den Lohn eingebaut. Ist diese Investition eine grosse Hilfe? Kann

Philippe Perrenoud

Philippe Perrenoud ist seit 2006 Regierungsrat und leitet die Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Seit 2005 ist er Mitglied des BSVP.

Andreas Rickenbacher

Andreas Rickenbacher ist seit 2006 Regierungsrat und leitet die Volkswirtschaftsdirektion. Seit 2006 ist er Mitglied des BSPV.



Die Regierungsräte Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud ziehen Bilanz.

nun genügend Pflegepersonal rekrutiert werden?

Philippe Perrenoud: Die Suche nach gut qualifiziertem Pflegepersonal bleibt weiterhin eine Herausforderung. Deshalb setze ich mich mit meiner Direktion für die kontinuierliche Förderung der Ausbildung

Wenn das neue Pensionskassengesetz in Kraft tritt, hat das Personal mit einer Mehrbelastung zu rechnen. Wird sich der Regierungsrat vor diesem Hintergrund für einen akzeptablen Lohnanstieg in finanziell schwieriger Zeit einsetzen?

baut werden kann, sofern die Finanzen dies erlauben.

Philippe Perrenoud: Uns allen ist es bewusst: Ohne gesunde Finanzen ist auch ein moderater Lohnanstieg gefährdet. Umso mehr ist es wichtig, dass die Sozialpartner und ihre Mitglieder sich politisch engagieren. Wir brauchen im Grossen Rat andere Kräfteverhältnisse, um die Kantonsfinanzen ohne massiven Abbau zu sanieren.

«Auch wenn ich gute Rückmeldungen bekommen habe, ist es mir jedoch klar, dass weitere Schritte vom Personal zu Recht erwartet werden.»

Philippe Perrenoud

Der BSPV ist der wichtigste Sozialpartner des Regierungsrates. Wie wird unser Verband von der Exekutive wahrgenommen?

Andreas Rickenbacher: Der BSPV kämpft in der Sache hart für die Anliegen des Personals. Dies wird von der Regierung akzeptiert. Im Gegenzug ist auch klar, dass die Regierung in ihrer Rolle nicht alle Forderungen des BSPV einfach erfüllen kann. Philippe Perrenoud: Als Arbeitgeber setzt die Regierung auf eine faire Sozialpartnerschaft. Den BSPV empfinde ich als hart in der Sache und fair im Umgang. Ich hoffe, es geht auch in der nächsten Legislatur so weiter.

für Gesundheitsberufe ein. Der Lohn ist ein wichtiger Bestandteil in der Berufswahl, andere Aspekte spielen jedoch auch eine wichtige Rolle, wie zum Beispiel eine gute Vereinbarkeit zwischen Arbeit und Familienleben – eine Priorität für mich!

Andreas Rickenbacher: Der Regierungsrat hat in dieser Legislatur die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, damit künftig wiederum ein geregelter Lohnanstieg möglich ist. Dies werte ich als klaren Erfolg dieser Regierung. Es ist selbstverständlich, dass dieser Lohnanstieg ausge-

Unterstützen Sie unsere Mitglieder

Am 30. März finden die Grossratswahlen statt. Wir empfehlen 18 BSPV-Mitglieder, die wieder oder neu in den Grossen Rat gewählt werden wollen. Das Ziel des BSPV ist es, die Gruppe der personalfreundlichen Parlamentsmitglieder zu vergrössern.

Die von uns empfohlenen Kandidierenden haben alle eine Erklärung unterzeichnet. Darin steht, dass sie sich für die ideellen und materiellen Interessen der Kantonsangestellten einsetzen; insbesondere für den Hauptantrag des Grossen Rates zum Pensionskassengesetz, für ein garantiertes Gehaltssummenwachstum von jährlich 1,5 Prozent und für den vollen Teuerungsausgleich.

«Diagonal» präsentiert nun auf den folgenden zwei Seiten alle BSPV-Mitglieder, die für den Grossen Rat kandidieren, unsere Kandidierendenerklärung unterschrieben und sich rechtzeitig auf der Geschäftsstelle gemeldet haben.

Weitere Wahlempfehlungen

«angestellte bern» unterstützt zudem 19 Kandidierende für den Grossen Rat, die

sich in den Personalverbänden besonders engagieren. Sie werden in der mitgelieferten Broschüre vorgestellt.

Der Kanton ist fast pleite. Das hält die Politiker nicht davon ab, noch mal so richtig in die Steuerkasse zu greifen. Mitten in der Krise erhöhen sie sich den Lohn um satte 47 Prozent. Namensliste auf unserer Homepage: bspv.ch → Aktionen → Politische Vorstösse

Biel-Bienne – Seeland



Andrea Zryd (1975), ehemalig
SP, Sportlehrerin,
Magglingen
Einzelmitglied seit 2013
Nummer der Kandidatin: 08.13.3



Stefan Bütikofer (1978), neu
SP, Gymnasiallehrer, Lyss
Sektion Gymnasiallehrkräfte seit 2009
Nummer des Kandidaten: 09.14.8



Sabine Wälti (1967), neu
SP, Fachfrau für Justizvollzug, Brugg
Vorstand BSPV, Sektion Straf- und
Massnahmenvollzug seit 2008
Nummer der Kandidatin: 08.10.9

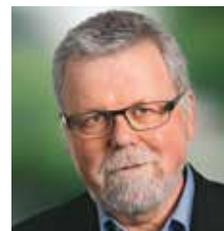
Bern (Stadt)



Thomas Fuchs (1966), bisher
SVP, Betriebswirtschafter HF, Bern
Einzelmitglied seit 2006
Nummer des Kandidaten: 05.01.1



Kurt Hirsbrunner (1952), neu
BDP, Berufsschullehrer, Abteilungsleiter,
Stadtrat, Bern
Sektion HTP seit 1992
Nummer des Kandidaten: 11.07.0



Andreas Zysset (1953), neu
SP, Berufsschullehrer,
Direktor Lehrwerkstätten Bern, Bern
Sektion Schulinspektoren seit 2001
Nummer des Kandidaten: 03.19.1

Wahlen für den Regierungsrat nicht vergessen

Neben dem Grossen Rat steht am 30. März auch der Regierungsrat zur Wahl.

Die Regierungsratswahlen sind für das kantonale Personal sehr wichtig. Denn der BSPV und die anderen Personalverbände verhandeln regelmässig mit der Regierung. Etwa wenn es um die jährlichen Lohnanstiege geht.

Von der aktuellen Regierung sind Philipp Perrenoud und Andreas Rickenbacher Mitglied des BSPV.

Mittelland-Nord



Eva Baltensperger (1962), bisher
SP, Lic.phil.I, Lehrerin, Zollikofen
Sektion Verein Lehr- und Beratungskräfte
seit 2008
Nummer der Kandidatin: 07.01.3



Urs Muntwyler (1958), bisher
Grüne, Professor für Fotovoltaik, Bern
Sektion Dozierende Bernische Fachhochschule
seit 2013
Nummer des Kandidaten: 09.02.4



Roland Näf (1957), bisher
SP, Lic.phil.I, Lehrer und Schulleiter, Muri
Einzelmitglied seit 2009
Nummer des Kandidaten: 06.01.7

Mittelland-Nord



Hans-Ulrich Born (1949), neu
SVP, Abteilungsvorsteher (vorz. Ruhestand),
Utzigen, Sektion Höhere Angestellte Kanton
Bern seit 1996
Nummer des Kandidaten: 04.04.9



Barbara Schmutz (1966), neu
SP, Pfarrerin, Gümliigen
Mitglied GL BSPV,
Sektion Pfarrverein seit 1992
Nummer der Kandidatin: 07.17.0



Andrea Lüthi (1970), bisher
SP, Geschäftsleiterin/Dipl. Sozialarbeiterin FH,
Burgdorf
Einzelmitglied seit 2006
Nummer der Kandidatin: 02.01.1

Emmental

Mittelland Süd



Matthias Burkhalter (1954), bisher
SP, Lic.phil.hist. Historiker, Geschäftsführer
BSPV, Rümliigen
Einzelmitglied seit 2002
Nummer des Kandidaten: 05.01.1



Luc Mentha (1952), bisher
SP, Rechtsanwalt, Liebefeld
Einzelmitglied seit 2013
Nummer des Kandidaten: 05.03.7



Claude Röthlisberger (1955), neu
UDC, Chef de projet, membre AIJ, Reconvilier
Vice-président APEB
Sektion Union du Personnel seit 2004
Nummer des Kandidaten: 04.09.0

Jura bernois

Oberland



Christoph Ammann (1969), bisher
SP, Rektor Gymnasium Interlaken, Meiringen
Sektion Gymnasiallehrkräfte seit 2006
Nummer des Kandidaten: 06.01.7



Christine Häslér (1963), bisher
Grüne, Leiterin Kommunikation, Burglauenen
Sektion Höhere Angestellte Kanton Bern
seit 2011
Nummer der Kandidatin: 07.01.3



Daniel Steiner-Brütsch (1973), bisher
EVP, Dr.phil.-nat., Bereichsl. Math. Primarstufe
Pädag. Hochschule Zürich, Stadtrat,
Langenthal, Einzelmitglied seit 2009
Nummer des Kandidaten: 03.01.8

Oberaargau

Sorgen und Ängste der älteren Generation

Ist die Altersvorsorge unter Druck? – Dies ist eine der zentralen Fragen, die an der diesjährigen Hauptversammlung der Rentnervereinigung diskutiert werden soll.

Unser Referent, Fred Scholl, Stellvertreter Generalsekretär Personalverband des Bundes und Präsident der Kassenkommission PUBLICA setzt sich seit vielen Jahren für die Anliegen der Arbeitneh-

menden ein. Er wird deshalb nach seinem Referat auch auf konkrete Fragen antworten können, die nicht nur unsere Mitglieder sondern auch die Partnerinnen und Partner beschäftigen.

Problematische Mitarbeitergespräche

Jedes Jahr erhält die Geschäftsstelle Anfragen zu teilweise skurrilen Mitarbeitergesprächen. Nicht alle Vorgesetzten wissen, dass jedes MAG auch der Förderung der Mitarbeitenden dienen sollte.

Die Wegleitung des Personalamtes zu den MAG weist darauf hin, dass dieses ein Instrument zur zukunftsgerichteten Standortbestimmung sein sollte. Uns liegen aber Beurteilungen vor, die fast vollumfänglich aus einer Fehlerliste bestehen.

Ein Mitarbeiter wurde nach 18 Jahren Staatsdienst mit immer guten Qualifikationen von einem neuen Vorgesetzten derart negativ beurteilt, dass er zunächst einen Zusammenbruch erlitt und dann aus dem Kantonsdienst ausgeschieden ist. Dem Kanton entstanden dadurch erhebliche Kosten.

Kritik ist erlaubt

Ein MAG soll die zu verbessernden Punkte auflisten. Kritik ist erlaubt. Es ist aber unerlässlich, dass auch auf die posi-

ven Punkte eingegangen wird. Und das Wichtigste ist eben die Zielvereinbarung für die Zukunft. Heikel sind auch Äusserungen wie z.B.:

«Kleidung ist sauber aber erscheint manchmal etwas stark gebraucht. Büro ist nicht wirklich einladend». Oder auch: «Köbu, hast du schnell fünf Minuten Zeit, dann unterschreibe hier.» Und fertig ist das Mitarbeitergespräch.

Ebenfalls ungeschickt ist es, wenn der Mitarbeitende das Gespräch mit der Vorgesetzten führt und der nächst höhere Chef oder sogar noch mehr Vorgesetzte dabei sind. Ein MAG soll eine persönliche Standortbestimmung zwischen zwei Personen sein. Ich empfehle allen Angestellten, ein MAG zu verweigern, wenn mehr als der oder die direkte Vorgesetzte anwesend ist.

Hauptversammlung:

Die diesjährige Hauptversammlung, zu der alle Mitglieder der Rentnervereinigung und zum zweiten Mal auch mit Partnerinnen und Partner herzlich eingeladen sind, findet wie folgt statt:

Wann:

Montag 7. April 2014, 14.00 Uhr

Wo:

Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern

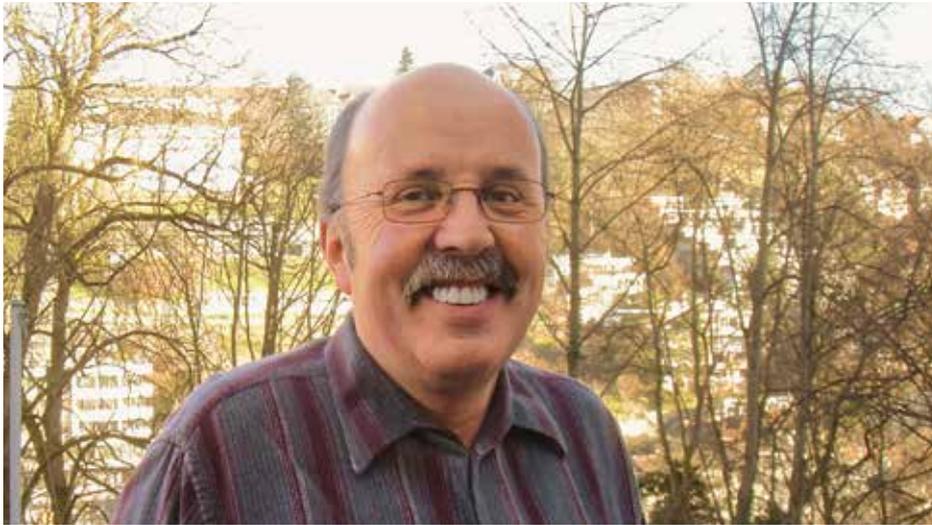
Traktanden:

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmzähler
3. Protokoll der letzten Hauptversammlung
4. Jahresbericht der Präsidenten
5. Finanzielles: Jahresrechnung/ Revisorenbericht/ Voranschlag 2014
6. Mutationen/Mitgliederbestand
7. Wahlen: Ersatzwahl für Vorstandsmitglied Kurt Binggeli für ein Jahr: Vorschlag: Erwin Balsiger/ Neuwahl Rechnungsrevisor für drei Jahre
8. Abgeordnetenversammlung/ Zentralvorstand/Delegierte bei der Bernischen Pensionskasse – Was erwarten wir von unseren Mandatträgern, deren möglichst lückenlose Anwesenheit an dieser Hauptversammlung wichtig ist!
9. Kurzorientierung über das Verbandsgeschehen (Präsident Peter Bernasconi und Geschäftsführer Matthias Burkhalter)
10. Tätigkeitsprogramm 2014
11. Verschiedenes

Anschliessend gemütliches Zusammensein beim Gratisimbiss

Anmeldung unbedingt erforderlich an Präsident Eugen Schneider, Tel. 031 829 14 02 oder E-Mail: schneider.eugen@bluewin.ch

PZM hart betroffen



Engagierter Fritz Hodler geht in Pension.

Foto: Zryd

Fritz Hodler hat 27 Jahre in der Psychiatrischen Anstalt in Münsingen (PZM) gearbeitet. Nun geht er in Pension. Der BSPV bedauert das sehr. Fritz Hodler hat als äusserst engagierter Sektionspräsident des PZM die BSPV-Mitglieder mit Herz und Seele betreut.

Fritz Hodler hat lange Zeit als psychiatrischer Krankenpfleger im PZM gearbeitet. In den letzten Jahren betreute er das Wohnheim Lädacker, das dem PMZ angeschlossen ist. Im Wohnheim haben psychisch behinderte Menschen die Möglichkeit auf ein zu Hause. Sie werden betreut, gefördert und mit Respekt behandelt.

Die Probleme in den psychiatrischen Anstalten im Kanton Bern spitzen sich zu. Wegen der Sparpakete werden nun in den Psychiatriezentren PZM Münsingen, UPD Bern und Bellelay Millionen gestrichen, und Betten für Langzeitpatienten werden aufgehoben. Das heisst, dass über 50 psychisch behinderte Menschen künftig auf die Betreuung in den bewährten Kliniken verzichten müssen. Fritz Hodler hofft, dass die von den Sparmassnahmen hart Betroffenen einen Unterschlupf in Heimen oder privaten Institutionen finden und dort auch gefördert werden. Sie sollen so eine Chance auf eine gute Zukunft haben.

Fritz Hodler übernahm im Jahr 2002

das Präsidium der Sektion PZM und hat dieses Amt über lange Jahre mit ausserordentlichem Engagement ausgeübt. Unermüdlich hat er neue Mitglieder geworben und die Interessen des Personals nachhaltig vertreten. Michael Häberli wird sein Nachfolger. 80 Mitglieder, Leute aus der Verwaltung, Kaderleute, Handwerker und Pflegende gehören dieser aktiven Sektion an. Dies ist vor allem auch der Verdienst von Fritz Hodler. Er hat immer wieder betont, wie wichtig es ist, dass die Mitarbeiter erkennen, dass es eine starke Personalvertretung braucht. Viele Male kam er auf die Geschäftsstelle, hat Anliegen und Probleme direkt diskutiert und bei kleinen und grossen Problemen geholfen, tragfähige Lösungen zu finden. Für ihn ist der BSPV eine gute und sinnvolle Institution, die für die Zukunft immer wichtiger wird. Dies vor allem für die Angestellten des PZM, da dieses durch die harten Sparmassnahmen am meisten betroffen sein wird.

Sparpaket hin oder her!

In den letzten Jahren werden die Arbeitsbedingungen immer schlechter. Auch dieses Jahr steht unter schlechten Sternen, was die Finanzlage des Kantons Bern anbelangt. Das Sparpaket ASP versetzt ganz viele meiner Kolleginnen und Kollegen in eine unsichere Lage. Es drohen Stellenverluste, Restrukturierungen und ein erhöhter Arbeitsdruck.

Aber auch unter diesen Bedingungen bin ich stolz, im Service Public tätig zu sein. Und mit dieser Meinung stehe ich nicht alleine da.

Es ist motivierend zu sehen, wie die verschiedenen Arbeitsgruppen in allen Bereichen täglich bei jeder Witterung ihre Arbeit für die Öffentlichkeit erbringen.

Bei den Meisten gilt, Sparpaket hin oder her, die Arbeit muss erledigt werden und zwar gut und sorgfältig.

Damit das Engagement der Kantonsangestellten so bleibt oder noch besser wird, müssen wir alle und auch die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Bern zu unserem Service Public achten. Es braucht Anerkennung und eben auch eine angemessene Lohnentwicklung. Ansonsten wird unsere Lebensqualität dadurch leiden. Dies wollen wir ja alle nicht.

Ich danke allen, die tolle Arbeit für unseren Kanton Bern leisten.



Toni Coso
Präsident der Sektion Personal
Straf- und Massnahmenvollzug

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.



Hundert Jahre Diagonal

Schon ein Jahr nach der Gründung im Jahr 1912 beschloss der BSPV die Herausgabe eines Presseorgans. Die erste Nummer der «Bernischen Bureau-Zeitung» erschien am 15. Juli 1913. Seit 1994 heisst unser Verbandsorgan «Diagonal». Da die Kommunikation einem ständigen Wandel unterworfen ist, haben wir das Erscheinungsbild unseres Verbandsorgans leicht angepasst. Wir freuen uns, wenn sie weiterhin zur Leserschaft des Diagonal zählen.

Ihre Zukunft

Der Kurs «Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht» von Glauser und Partner eröffnet in finanzieller Hinsicht verschiedene Planungschancen für die Zukunft. Die Teilnehmenden erhalten einen praxisnahen Einblick in alle wichtigen Themen rund um die Pensionierung. Im Kurs vom 28. Februar gibt es noch freie Plätze. Zögern Sie nicht, es geht um Ihre Zukunft. Anmeldung unter sekretariat@bspv.ch oder telefonisch: 031 311 11 66.



Neue Sparrunde?

Von der kantonalen Finanzfront sind gute Nachrichten zu hören: Bei den Steuern ist mit «deutlichen Mehreinnahmen» zu rechnen. Trotzdem forderten die Bürgerlichen ein neues Sparpaket. Gegen diese Forderung wehrte sich Finanzdirektorin Simon im Namen der Regierung: «Wir wollen nicht jetzt schon eine neue Sparrunde einläuten.» Zuerst müsse man die Lage analysieren und die Sparentscheidung vom letzten Herbst sorgfältig umsetzen. Mitte März gibt der Regierungsrat bekannt, wie die Kantonsrechnung 2013 ausgefallen ist.

Korrigenda Coop

In der letzten Ausgabe des Diagonal haben wir auf Seite 12 geschrieben, dass bei Coop «alle Löhne um ein ganzes Prozent angehoben werden». Dem ist leider für die Lohnrunde 2014 nicht so. Coop erhöht zwar die Lohnsumme um 1 Prozent, es gibt aber nur eine individuelle Lohnrunde. Das heisst, einige Mitarbeitende werden im Jahr 2014 Null Lohnanpassung erhalten.



Sprachen

«Jede neue Sprache ist wie ein offenes Fenster, das einen neuen Ausblick auf die Welt eröffnet und die Lebensauffassung weitet.» Die BSPV-Mitglieder erhalten auf alle Gruppenkurse von inlingua eine Kursgeldreduktion von 10%. inlingua bieten über 200 Sprachkurse für mehr als 20 Sprachen an. Eine unverbindliche Einstufung und Probelektion vor der Buchung eines Sprachkurses gehört zu den Dienstleistungen von inlingua. (Rabattliste BSPV oder www.inlingua-bern.ch)

Sparpakete mit harten Auswirkungen

Das ASP-Paket zeigt nun konkrete Auswirkungen: 30 Pfarrstellen werden bis 2017 abgebaut. Im Psychiatriezentrum Münsingen werden 20 Stellen gestrichen. Andere Berufsgruppen trifft es ebenfalls hart. Und weitere Massnahmen werden folgen. Betroffene BSPV-Mitglieder werden gerne von der Geschäftsstelle beraten und unterstützt.

Impressum



Offizielles Organ des Bernischen Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Daniela Zryd
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch
Christine Theumann-Monnier

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

Résultats satisfaisants au terme des négociations salariales 2014

Pour la première fois depuis bien longtemps, le budget 2014 met de nouveau à disposition des moyens acceptables permettant une croissance individuelle des traitements différenciée. Les premiers retours montrent des résultats en partie satisfaisants.

Nous avons déjà rapporté que 1,5% de la masse salariale est disponible pour la progression individuelle d'échelons de traitement. En moyenne, ce pourcentage suffit pour que tous obtiennent une progression de 2,6 échelons. Les employées et employés qui jouissent de l'augmentation automatique de salaire obtiennent même trois échelons.

Ceci a eu pour conséquence que les supérieurs ont enfin pu récompenser les bonnes et très bonnes performances. Un directeur nous a écrit à ce sujet: « Nous avons pu attribuer 2 ou 3 échelons de traitement à la majorité de nos collaboratrices et collaborateurs. Certains ont obtenu 4 à 5 échelons, quelques-uns 6. Qualifications: très peu de B, beaucoup, beaucoup de A, quelques A+ (et pas seulement parmi les cadres!) et aucun A++.» Voilà qui nous réjouit aussi!

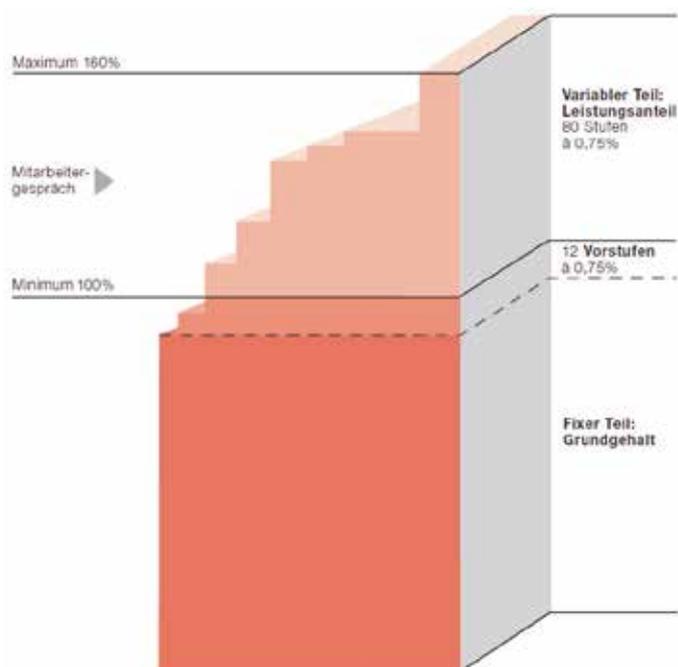
Toutefois, un certain arbitraire reste de mise. Les personnes qui ont livré de bonnes performances en 2013 ont pu profiter de cette progression. Celles qui ont effectué un excellent travail en 2012 ont à peine été récompensées, car les moyens étaient insuffisants. Reste à savoir s'il vaudra la peine de fournir des efforts supplémentaires en 2014. Pour l'heure, c'est incertain. C'est étrange qu'il n'y ait pas chaque année les mêmes moyens à disposition. J'espère maintenant que, grâce au réajustement enfin obtenu de la Loi sur le personnel, nous pourrions obtenir la stabilisation de la progression salariale que nous souhaitons. Et je suis convaincu que les employés de l'Etat sont nombreux à réaliser des performances

spéciales, même si la récompense financière directe est incertaine.

Bon nombre de services, de même que l'Etat dans son ensemble, présentent aux associations de partenaires sociaux les détails de la progression salariale sous forme anonymisée. Ce n'est pas normal que des hommes ou des femmes obtiennent bien plus d'avancement que d'autres. Nous sommes également attentifs à ce que la progression salariale ne soit pas massivement plus grande dans les classes de traitement les plus hautes, comme le supposent constamment nos membres.

Il est également important et autorisé que la hiérarchie procède aux augmenta-

tions de salaire de façon différenciée. Les personnes dotées d'un A+ ou d'un A ne devraient pas recevoir toutes le même nombre d'échelons. Selon moi, il faut toujours juger chaque cas séparément, car il y a beaucoup de personnes qui doivent potentiellement rattraper leur retard. Toutes celles et ceux qui ont une détermination du traitement inférieure ou à la limite inférieure de la fourchette devraient obtenir un avancement particulier. Mais les personnes situées dans les échelons de traitement élevés ont elles aussi droit à une motivation financière. Les chefs ont du travail!



Source: Le système de rémunération du canton de Berne, Direction des finances

Loi sur les caisses de pension : votation obtenue par la force



Les jeunes sont face à un avenir incertain.

photo: Burkhalter

En septembre 2013, le Grand Conseil a approuvé la nouvelle Loi sur les caisses de pension, au terme d'un débat extrêmement long. Les milieux bourgeois ont lancé le référendum. La population bernoise devra maintenant se prononcer lors d'une votation, vraisemblablement le 18 mai prochain.

La nouvelle Loi sur les caisses de pension représente pour le personnel de l'Etat de Berne le changement le plus important de ces cinquante dernières années. Le passage de la primauté des prestations à la primauté des cotisations occupait à l'origine le premier plan de la révision. Pour toutes les personnes concernées, cette modifica-

tion est synonyme de solution de prévoyance professionnelle plus risquée. La majorité du Grand Conseil voulait expressément qu'à l'avenir, les assurés supportent eux-mêmes le risque lié au placement des milliards détenus par les caisses de pension. Ce n'est pas réjouissant.

Comblent le découvert

Parallèlement à cette opposition idéologique, les deux caisses de pension bernoises ont connu au cours de ces dix dernières années une évolution insuffisante des rendements de leur fortune. Le droit fédéral a en outre changé durant les débats portant sur la révision. Le canton de Berne

s'est vu rappelé à son devoir de financer totalement ses caisses de pension sur une base saine. Nous en avons fait longuement état dans le diagonal 5/2013.

Un compromis acceptable

La révision de la Loi sur le personnel a eu lieu en même temps que la nouvelle réglementation des caisses de pension. Celle-ci est favorable au personnel. Nous pourrions, durant les années à venir, compter avec une progression salariale plus fiable. Tout bien considéré, et compte tenu du contexte actuel en termes de politique financière, il faut accepter les aggravations sur le plan de la prévoyance et les améliorations en matière de traitements. Il s'agit maintenant d'éviter un tas de ruines lors de la votation relative à la Loi sur les caisses de pension. Les citoyennes et les citoyens ne comprendront toutefois pas tous cette matière compliquée. Il faut l'engagement de tous les politiques responsables et du personnel de l'Etat pour trouver une solution porteuse d'avenir.

Une votation compliquée

Deux variantes seront proposées au peuple bernois pour cette nouvelle loi. D'une part, le projet principal du Grand Conseil, qui prévoit une contribution de 500 millions de francs de la part du Canton pour les droits acquis, ainsi qu'un apport de 1,7 milliard de francs pour le découvert actuel des deux caisses.

Recommandations de vote de l'APEB

Lors de son assemblée extraordinaire du 13 février, le Comité central de l'APEB a adopté la position suivante :

OUI au projet principal et au projet alternatif, question subsidiaire : variante projet principal

Des informations complémentaires suivront dans l'édition du 18 avril.

D'autre part, le projet alternatif du Grand Conseil sera lui aussi soumis à votation, puisque le référendum a malheureusement abouti. Il est plus mauvais que le projet principal. La contribution pour le découvert serait réduite à 1,3 milliard de francs. Par ailleurs, les cotisations de l'employeur pour parvenir au financement total seraient limitées à 50%. Le projet principal prévoit une participation de 50% à 60%. Le projet alternatif constitue donc une aggravation importante.

Le peuple devra également répondre à une question subsidiaire et indiquer quelle variante doit entrer en vigueur si le projet principal et le projet alternatif sont tous les deux acceptés.

Changements inévitables

Un double « non » à la nouvelle loi serait la pire des solutions. Le cas échéant, le droit actuellement en vigueur serait maintenu. Mais l'obligation de financement total faite pas la Confédération resterait valable. Et même dans un laps de temps beaucoup plus court. Si le projet échoue, le monde ne restera pas tel qu'il est aujourd'hui. La primauté des prestations, qui est avantageuse, serait certes maintenue, mais le personnel devrait compter avec des cotisations massivement plus élevées en faveur des caisses de pension. Par ailleurs, l'âge pour obtenir la rente maximale passerait de 63 à 65 ans.

Ligne dure pas encore connue

Pour l'heure, aucun parti politique ni aucune association importante n'ont pris position contre une nouvelle solution. Le comité référendaire lui-même a souligné qu'il ne remettait au fond pas en question le compromis pas très avantageux du Grand Conseil, mais qu'il voulait simplement donner au peuple la possibilité de donner son avis.

Il est clair en tout cas que la campagne ne sera pas menée de main morte et que nous aurons droit à des demi-vérités voire des mensonges. Les citoyens bernois, fortement malmenés par les paquets d'économies, vont-ils prendre position en faveur de leur personnel? Cela reste à voir.

Déductions salariales supplémentaires en fonction de chaque variante

Selon les indications de la CPB, il faut s'attendre aux contributions de financement suivantes (estimations) : exemple concret pour un traitement de Fr. 100 000.-, gain assuré de Fr. 75 430.- et un traitement de Fr. 65 000.-, gain assuré de Fr. 45 500.- :

Projet principal:	1,5%	Fr. 1131	Fr. 683
Projet alternatif:	2,0%	Fr. 1509	Fr. 910
Double «non» :	4,5%	Fr. 3394	Fr. 2048

Suppression de postes irréaliste

Sans tenir compte des pertes, le Grand Conseil a décidé une suppression massive de postes lors des débats sur le budget. Il a dicté de sévères mesures d'économie en ce qui concerne la dotation des paroisses en ecclésiastiques. Jusqu'à 5 millions de francs doivent ainsi être épargnés chaque année jusqu'en 2017. Ces coupes ont pour conséquence la suppression de 28,5 postes. Rien que pour l'année en cours, 2 millions doivent être économisés. Il est certain que cela n'ira pas si vite. Les contrats d'engagement existants ne peuvent pas être cassés sans engendrer de coûts élevés. Un crédit supplémentaire sera nécessaire pour 2014. L'APEB n'arrive pas à comprendre ces mesures irréflechies. C'est déprécier pour longtemps le précieux travail réalisé par nos pasteurs en faveur de toute la population. Les malades, les personnes âgées et celles en situation de faiblesse, surtout dans les régions périphériques, subiront les conséquences de ces économies. La majorité bourgeoise du Grand Conseil, qui préfère cette coupe rase à une hausse d'impôts modérée, devra en assumer la responsabilité.

Editorial

Jour d'élection, jour de paie

Le 30 mars, on élira le nouveau Parlement. Nos membres ont la possibilité de décider qui sera chargé de défendre leurs intérêts au Grand Conseil pour les quatre années à venir.

Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB



Matthias Burkhalter et Claude Röthlisberger se portent candidats au Grand Conseil.

photo: Zryd

De plus en plus de partis et de candidats briguent les 160 sièges du Grand Conseil. Beaucoup veulent changer des choses dans le canton de Berne. Mais pas toujours les bonnes. Faisons donc en sorte que le personnel soit davantage représenté.

L'APEB est politiquement indépendante. Ses membres appartiennent à tous les partis. Le Comité directeur et notre association faitière, «angestellte bern», recommandent d'élire ou réélire certaines candidates et candidats. Nous avons besoin d'avoir une forte représentation dans les organes déci-

sionnels de l'Etat. Les paysans élisent des paysans. Les banquiers élisent des représentants de la finance. Les industriels élisent leur lobby. Et nous, employés, nous élisons nos gens. Les élections permettront de mesurer la force que nous avons.

Après une année agitée, le canton de Berne fait face à de grands défis financiers. La ronde des paquets d'économies conduisent à un démantèlement massif des postes de travail et des prestations. La charge de travail augmente presque partout. Et la votation concernant la Loi sur les

caisses de pension montrera quelle est la position de la population bernoise par rapport à ses employés et employées.

Je profite de ces lignes pour vous remercier chaleureusement de tous les bons vœux et marques de gratitude que nous avons reçus à l'occasion du changement d'année. Tous ces mots de reconnaissance envers le travail accompli par notre secrétariat nous encouragent à donner le meilleur de nous-mêmes pour le personnel.

2 Sujet actuel

Votations sur la LCPC

Le référendum a abouti. La population bernoise doit maintenant se prononcer sur la nouvelle LCPC.

6 Interview

Les deux conseillers

d'Etat, Philippe Perrenoud et Andreas Rickenbacher, font le bilan de la législature finissante.

8 Elections

Nos candidats

Le 30 mars 2014 auront lieu les élections au Grand Conseil. Nous vous recommandons nos membres.

12 Ma retraite

Il y a encore des places pour le cours «Planifier correctement sa retraite sur le plan financier». Plus d'infos en page 12.